

**Auszug aus der Niederschrift
über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 15.06.2023**

Zu TOP: 9.2

49-Euro-Ticket als Jobticket für Verwaltung und städtische Gesellschaften

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0049/2023

Herr Danter begründet den Antrag. Das 49 €-Ticket ist ein wichtiger Baustein zur Verkehrswende. Daher sollten sich Arbeitgeber ebenso mit der Thematik auseinandersetzen.

Herr Bauschke teilt mit, dass seine Fraktion dem Prüfauftrag zustimmt.

Dennoch formuliert er folgenden Änderungsantrag:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Das Ergebnis des Prüfauftrages ist lediglich im Ausschuss für Finanzen und Vergabe vorzustellen.“

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, stellt Herr Schulz den Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP zur Abstimmung:

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2023-VII-06-1122

Anschließend stellt der 1. Stellvertreter des Präsidenten den Ursprungsantrag einschließlich der Änderung zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie und unter welchen Bedingungen ein Jobticket auf Basis des 49-Euro-Tickets (Deutschlandticket) für die Beschäftigten der Verwaltung, der Beteiligungen und der Tochtergesellschaften der Hansestadt Stralsund umgesetzt werden kann.

Das Prüfungsergebnis soll dem Ausschuss für Finanzen und Vergabe bis zum 30. September 2023 vorgestellt werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2023-VII-06-1123

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 28.06.2023